



# Sind Naturschützer die besseren Menschen?

DR. ROLF D. BALDUS, INTERNATIONALER RAT ZUM SCHUTZ DES WILDES UND DER JAGD (CIC)

JÄGER LASSEN SICH LEICHT INS Bockshorn jagen. Sie reagieren defensiv, wenn man ihnen vorwirft, sie würden Bambis oder andere Streichtiere meucheln. „Ach, wir schießen doch nur die alten und kranken Tiere“, ist eine immer wieder gern benutzte Ausrede angesichts kritischer Fragen von Tierfreunden und vorwurfsvoll dreinblickender Kinderaugen. Mit solchen Entschuldigungen, die genauso falsch wie kontraproduktiv sind, lassen wir uns ins Abseits drängen und akzeptieren eine in der öffentlichen und vor allem in der veröffentlichten Meinung weitverbreitete Hypothese, dass nämlich dem reinen Schützer der Natur eine höhere moralische Qualität innewohnt als dem Nutzer, vor allem dem Jäger.

Dabei gibt es seit fast zwanzig Jahren eine Art Grundgesetz, nach dem wir unseren Umgang mit der Natur bewerten können. Es ist das „Übereinkommen über die biologische Vielfalt“ (CBD), das inzwischen immerhin 168 Staaten und die EU unterzeichnet haben. Die nachhaltige Nutzung der biologischen Ressourcen steht hier gleichberechtigt neben dem reinen Schutz. Daraus folgt, dass jede Problemlage eine Entscheidung über Schutz und Nutzung oder den richtigen Mix aus beiden braucht. Solche Entscheidungen sind sachlich und nicht ideologisch oder emotional zu treffen. Im Übrigen gibt es keinerlei Grund, den Schützern einen moralischen Bonus zu geben, wie es so oft geschieht. Fast alle, die in den Medien so geschickt für den Totalschutz eintreten, sind bezahlte Funktionäre. Es ist ihr Beruf, betroffen dreinzublicken, sich ein moralisches Mäntelchen umzuhängen und die nachhaltige Nutzung, insbesondere die Jagd, schlechtzumachen.

Wie solche Gruppen arbeiten, konnten Mitte Mai die rund 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer internationalen und hochrangig besetzten Fachkonferenz in Wien beobachten. Die von der österreichischen Regierung und der EU-Kommission veranstaltete Konferenz beschäftigte sich mit der Frage, wie das Übereinkommen über den Internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES) in Zukunft die Grundbedürfnisse und fun-



Foto: Ludwig Siege

damentalen Lebensinteressen der meist armen ländlichen Bevölkerung in den Entwicklungsländern besser berücksichtigen kann. Denn geschützte Elefanten vernichten ganze Ernten, Löwen und Tiger töten Mensch und Vieh gleichermaßen, seltene Antilopen sind gleichzeitig Nahrungsmittel. Außerdem zeigt die Erfahrung, dass die gut gemeinte Unterschutzstellung von bedrohten Tieren und

Pflanzen nicht erfolgreich ist, wenn man die Menschen vor Ort nicht berücksichtigt und nicht einbezieht.

Eigentlich sollte man meinen, dass dieses hehre Ziel, den Artenschutz und die Armutsbekämpfung besser in Einklang zu bringen, auf breite Zustimmung stoßen müsste. Auch ich war vor der Konferenz der Meinung, dass sich hier einmal die seltene Gelegenheit bieten würde, dass Schützer und Nutzer bei Übereinstimmung über die Ziele in einen

fruchtbaren Dialog über die richtigen Mittel und Instrumente treten könnten. Doch dem war nicht so. Mir wurde im Laufe der Konferenz wieder einmal deutlich, dass der Versuch, einen Dialog zu führen, vergeblich und Zeitverschwendung ist. Man sitzt eben bezahlten Funktionären gegenüber, die nicht an Problemlösungen, wie z. B. dem Schutz seltener Tiere und Pflanzen, interessiert

sind. Es macht eben auch keinen Sinn, mit einem Metzger über die Vorteile veganer Lebensführung zu diskutieren.

Die auf solchen Konferenzen geschickt agierenden Funktionäre werden von ihren Organisationen dafür bezahlt, für ideologische Ziele einzutreten und dies so öffentlichkeitswirksam zu tun, dass wieder neue Spendengelder fließen. Es ist eine der Ungereimtheiten unseres Steuerrechtes, dass die Spenden für den Unterhalt solcher Organisationen, die ja selbst überhaupt keinen praktischen Naturschutz leisten, auch noch steuerabzugsfähig sind.

## Wie organisiere ich eine Kampagne gegen die Großwildjagd?

In Wien fand vom 17. bis 20. Mai dieses Jahres ein internationales Fachsymposium mit dem Titel „The relevance of community-based natural resource management (CBNRM) to the conservation and sustainable use of CITES-listed species in exporting countries“ statt. Veranstalter: Lebensministerium Österreich und EU-Kommission.

Wie die Tierschützer in Wien agierten, kann man dem Magazin des Wiener Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (<http://www.sadocc.at>) entnehmen (Nr. 71/11; S. 5–11), dessen Vertreter die Konferenz beobachteten:

Bereits im Vorfeld der Tagung in Wien starteten diese [die radikalen Tierschutzorganisationen; Jagdzeit International] eine intensive Medienkampagne, um das Symposium in einem schlechten (und vor allem falschen) Licht erscheinen zu lassen. Ein Großteil der österreichischen Medienlandschaft fiel auf diese populistische und teils peinliche Kampagne herein beziehungsweise diente als unreflektierte Plattform dieser Organisationen. So lenkte Daniela Freyer von Pro Wildlife von Anfang an den Diskurs in eine falsche Richtung: „Diese Veranstaltung hat mit Artenschutz nichts zu tun. Die Konferenz ist darauf angelegt, die Großwildjagd und den Tierhandel als Rettung für bedrohte Arten und Armutsbekämpfung zu propagieren“ (Kronen Zeitung, 17. Mai 2011). Noch

bevor das Symposium überhaupt begann, übten mehrere Tierschutzorganisationen in einer Pressekonferenz lauthals Kritik an der Einladungs politik des Ministeriums, wonach das Teilnehmerfeld hauptsächlich aus Trophäenjagd- und Wildtierhandel-Lobbyisten bestehen sollte, wie auch der Standard berichtete (18. Mai 2001). In der Wiener Zeitung (17. Mai 2011) wiederum war zu lesen, dass sich Daniela Freyer (Pro Wildlife) und Thomas Pietsch von Vier Pfoten International in einer Pressekonferenz beklagten, sie wären nicht eingeladen beziehungsweise ausgeladen worden (was genau, darauf konnte man sich anscheinend nicht einigen). Am Tag danach lauschten sie jedoch problemlos als offizielle Teilnehmer/-innen des Symposiums dem Vortrag ihres Kollegen und Mitstreiters Peter Puschel vom International Fund for Animal Welfare (IFAW). Doch dies war nur ein Teil der Hetzkampagne radikaler Tierschutzorganisationen gegenüber dem Symposium und speziell auch gegenüber dem Organisator, Max Abensperg-Traun, der seit 2003 im Ministerium die österreichischen Aktivitäten des Washingtoner Artenschutzabkommens sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene koordiniert. Mit populistischen Slogans wie „Töten für den Artenschutz?“, „Freigabe der Jagd auf Elefanten“ (Kurier, 12. Mai 2011), „EU behindert Kampf gegen Großwildjagd“ (Kurier, 18. Mai 2011) und „Artenschutztagung geriet zur Posse“ (Wiener Zeitung, 20. Mai 2011) sowie mit teils falschen Unterstellungen lieferten sich österreichische Printmedien und Vertreter/-innen der erwähnten Tierschutzorganisationen ein Aufstachelungsduell gegen das Symposium.

Selten war über den wirklichen Inhalt der Fachtagung zu lesen. Das große Feld der verschiedenen Tier- und Naturschutzorganisationen ist ein sehr heterogenes und auch widersprüchliches. Etwa ein Drittel der Konferenzteilnehmer/-innen waren Vertreter/-innen renommierter Naturschutzorganisationen wie des World Wide Fund for Nature (WWF) oder der internationalen Artenschutzorganisation TRAFFIC, die den Handel mit gefährdeten Tier- und Pflanzenarten aus der Wildnis überwacht. Diese und zahlreiche weitere Naturschutz-

organisationen, die sich für CBNRM [„Community Based Natural Resource Management; d.Verf.] einsetzen und die Konferenz unterstützten, werden von den radikalen Tierschutzverbänden jedoch als „Außenseiter“ beziehungsweise als „Verräter“ wahrgenommen.

Im Einklang damit wurde im Kurier davon geschrieben, dass „nahezu alle einflussreichen Tier- und Artenschutzorganisationen gegen diese ‚Abart von Artenschutz‘ [gemeint ist CBNRM, Anm. d. Verf.] protestierten“ (12. Mai 2011), und das Lebensministerium wurde als „Ablebensministerium“ diffamiert (Presseaussendung des Wiener Tierschutzvereins, 19. Mai 2011).

In dieser akuten politischen Kontroverse wird der Versuch unternommen, eine seriöse und wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung zu behindern und zu verhindern. Max Abensperg-Traun, mit 40 Jahren Artenschutz erfahrung auf drei Kontinenten, vermutete hinter dieser Strategie der radikalen Tierschutzorganisationen die Absicht, ein „Denkverbot“ über die strategische Verknüpfung von Artenschutz und Armutsbekämpfung und über die Bandbreite von nachhaltigen Nutzungsoptionen für eine wahrhaft nachhaltige ländliche Entwicklung zu erzwingen.

Ziel solle bleiben, den Entwicklungsländern weiterhin vorzuschreiben, welchem Nutzen sie ihre natürlichen Ressourcen zuführen dürften. Diese politische Position der Tierschutzorganisationen steht nicht nur dem Menschenrecht auf Entwicklung entgegen, sondern ist auch in klarem Widerspruch zu den Zielen der Konvention für Biologische Vielfalt und den Millenniumszielen der UNO zu Armutsbekämpfung und nachhaltiger Entwicklung.

Fallbeispiele [verschiedener Referenten; Jagdzeit International] zeigen, dass indigene und lokale Bevölkerungen die besten Verwalter und Bewahrer der natürlichen Ressourcen, des traditionellen Wissens und der traditionellen Praktiken für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität sind. Wie nachhaltiger Natur- und Artenschutz am besten konzipiert werden kann, ist natürlich nicht nur eine Frage, die außerhalb Europas gestellt wird. So ist zum Beispiel

in Österreich das Konzept „Schutz durch Nutzung“ sehr gängig – ohne dass es einen Aufschrei gewisser Tierschutzverbände gibt. Helmut Pechlaner, Präsident des WWF Österreich, schildert die Situation folgendermaßen: „Es gibt heute nur noch Schutz durch Nutzung! Wenn wir Tourismus haben, Hotels haben und den Menschen hier die Landschaft zeigen, die Tierwelt, die Pflanzen, dann begeistern sie sich und das ist letztlich auch die Motivation für den Naturschutz, den Artenschutz.“

Österreich nutzt, wie viele andere Länder, ganz selbstverständlich seine natürlichen Ressourcen. Und eben das möchten Menschen in ärmeren ländlichen Regionen in Afrika (und anderswo) auch tun: nämlich selbstständig in einem CBNRM-Projekt ihre Eigentumsrechte an erneuerbaren natürlichen Ressourcen ausüben, diese Ressourcen – gegebenenfalls unter kundiger Anleitung – nachhaltig bewirtschaften und mit den so gewonnenen Erzeugnissen handeln, sie gegebenenfalls exportieren und aus dem Erlös als Gemeinschaft profitieren.

Solche Projekte und Tätigkeiten bedeuten nicht wie bei uns oft Hobby, Spaß und Zeitvertreib, sondern sie werden zu einer Existenzfrage. Und genau mit dieser Thematik beschäftigte sich das Symposium in Wien.

Dennoch kann sich die Diskussion rund um CBNRM und um die CITES-Listung seit Jahren und Jahrzehnten nicht von den Kontroversen lösen, die in erster Linie von den radikalen Tierschutzorganisationen initiiert werden.

Das ist wohl auch deren Absicht. So deklarierte auch Nicolas Entrup, der Geschäftsführer der „Whale and Dolphin Conservation Society“ und Teilnehmer der Konferenz, in einem Interview mit der Wiener Zeitung (20. Mai 2011) seine Erwartungen für die Konferenz:

„Ich hoffe nur, dass bei der ganzen Sache nichts rauskommt!“ So bleibt in der Auseinandersetzung das Wesentliche oft im Hintergrund.

Die essenziellen Aspekte des Symposiums sind jedoch auch grundlegend für weiterführende Diskussionen:

Artenschutz einerseits und die sozioökonomische Entwicklung der meist verarmten

ländlichen Bevölkerung andererseits. Gewisse Tierschutzorganisationen setzen sich ausschließlich für den Artenschutz ein und übernehmen zudem nur für das Wohl der einzelnen Tiere (und nicht für das Überleben der Arten) Verantwortung. Sie argumentieren zwar auch, dass für die ländliche Bevölkerung etwas getan werden muss, schieben diese Verantwortung aber ab: Wer das machen soll, wird nicht erwähnt.

Jene Organisationen und Institutionen, die wohlwollend und engagiert an diesem Fachsymposium in Wien teilgenommen haben, sind jedoch bereit, die Verantwortung sowohl für die Tiere zu übernehmen als auch sich für die Rechte der Menschen einzusetzen.

Denn Artenschutz hat auch nur dann eine Chance, wenn eigenständige nationale Entscheidungen der betreffenden Länder respektiert werden.

Wie ein Land die zur Verfügung stehenden Ressourcen nutzen will, darf nicht von Tierschutzorganisationen – nach dem Motto: „Wir wissen es besser“ – bestimmt werden beziehungsweise sollten diese Organisationen nicht versuchen, eine Eigenständigkeit zu verhindern. Ein trauriges Fazit die österreichische Medienlandschaft betreffend liegt darin, dass die Chance verpasst wurde, eine sachliche und konstruktive Auseinandersetzung zum Thema des Symposiums zu fördern. ■

*Der zweite Teil des Beitrages (Wie organisiere ich eine Kampagne gegen die Großwildjagd?) mit freundlicher Genehmigung des Magazines SADOCC (Southern Africa Documentation and Co-operation Centre). Mehr Informationen unter [www.sadocc.at](http://www.sadocc.at).*